

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Ch. Links Verlag, Berlin 1997.

Neuhäuser-Wespy, Ulrich: Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren. Bouvier Verlag, Bonn 1996.

Während die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft erst nach jahrzehntelangem Schweigen mit der Diskussion ihrer braunen Vergangenheit beginnt (siehe die Beschlüsse des 42. Deutschen Historikertags), ist man mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichtswissenschaft schneller. Bereits im Herbst 1989 begannen unter ostdeutschen Historikern heftige Diskussionen um die Verstrickung der ostdeutschen Historiker in den Machtapparat der SED. Seitdem ist dieses Thema Gegenstand vieler Forschungsprojekte gewesen, entsprechend groß ist mittlerweile die Zahl der Veröffentlichungen. Neben den Studien von Horst Haun, Karl Heinrich Pohl, Karlheinz Blaschke u.a. sind hier vor allen Dingen die Arbeiten von Ilko-Sascha Kowalczuk und Ulrich Neuhäuser-Wespy zu nennen.

Kowalczuk hat nach zahlreichen Einzelstudien nun eine von ihrem Quellenmaterial her beeindruckende Untersuchung der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR in ihrer Konstituierungsphase vorgelegt. Seine Untersuchung beruht im wesentlichen auf den Materialien im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED. Leider gibt es kein Verzeichnis der ausgewerteten Archivbestände; die Quellenachweise finden nur in den Fußnoten statt. Als Grund gibt der Autor, dessen Arbeit gerade wegen der Quellenrecherche von vielen mit Spannung erwartet wurde, Platzmangel an. Kowalczuk beschreibt die Etablierung einer Wissenschaft, die nur nach außen und nur in ihrem Anfangsstadium den Anschein einer „Normalwissenschaft“ hatte, sich jedoch zunehmend als „ein Produkt der SED-Herrschaft“ herausbildete und hier ihre zentrale Funktion als Beweisführer der historischen Legitimation der SED-Herrschaft übernahm.

In zwei Komplexen beschreibt der Autor die Entwicklung dieser „Wissenschaft neuen Typs“: die Etablierung der Geschichtsschreibung an den Hochschulen und die Entwicklung der eigentlichen Fachforschung an den Universitäten und Forschungsinstituten. Sehr detailliert werden weiter die inneren Konflikte und Säuberungsprozesse der DDR-Historiographie beschrieben, so daß nun ein von mehr Kenntnissen geprägtes Bild der DDR-Geschichtswissenschaft möglich ist. Kowalczuk zeigt an Hand der Konflikte und mitunter scharfen Auseinandersetzungen unter den Ost-Historikern, daß auch das „Haus DDR-Geschichtswissenschaft“ von „verschiedenen Zimmern, verschiedenen Etagen“ geprägt war. „Manche“, so der Autor, „mußten im Keller vegetieren, andere konnten auf der Aussichtsplattform agieren (...). Nur sehr wenige mieden dieses Haus wie der Teufel das Weihwasser.“ Zwar betont Kowalczuk in seinen weiteren Ausführungen das gemeinsame Fundament (die Ideologie) und das gemeinsame Dach (die SED), auf bzw. unter dem fast alle DDR-Historiker arbeiteten, doch er geht nicht auf die benannten verschiedenen Zimmer ein, in denen diese Arbeit stattfand. So bleibt sein Bild der DDR-Historiographie in diesem wesentlichen Punkt ungenau und blaß. Mit seinem einengenden Blick auf die Funktion der DDR-Historiker im Herrschaftsapparat der DDR gelingt es ihm zwar, wichtige Entwicklungslinien der zweiten deutschen Geschichtswissenschaft herauszuarbeiten, die Entstehung einer „Wissenschaft neuen Typs“ nachzuweisen und zu zeigen, wie wenig diese Wissenschaft in der Lage war, rational und nach Fachstandards zu arbeiten, wie absurd daher der nach 1989 vorgenommene Versuch war, eben diese unwissenschaftliche Wissenschaft nach westdeutschen Kriterien zu evaluieren. Aber dieser analytische Engpaß verweigert ihm gleichzeitig die Beantwortung seiner zweiten zentralen Frage: „Warum haben so viele mitgemacht, warum so viele geschwiegen, warum so wenige sich offen und unmißverständlich aufgelehnt?“ In der Frage schwingt die Anklage mit. Und es ergibt sich nach der Lektüre tatsächlich der Eindruck, dem Verfasser ging es weniger um eine Beantwortung als um den nachträglichen Beweis des Versagens der Historiker in der DDR und um die (rechtmäßige) Delegitimierung ihrer Funktion. Kowalczuk ist hier in seinen Wertungen zum Teil ungerecht, einige Darstellungen scheinen überzogen, ja gar realitätsfern. Die unkritische Aufwertung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft ist hier zu nennen, ebenso das häufige Ineinsetzen von SED-Sicht und Realität, das sicherlich einer einseitigen Auswahl der Quellengattungen geschuldet ist. Mit dem Versuch einer Kollektivbiographie der ersten DDR-Historikergeneration mißachtet Kowalczuk die Unterschiede in den Lebensläufen und Lebens-

erfahrungen der Historiker, die auch zu unterschiedlichen Verhaltensweisen führten. Schließlich kommt sein Blick auf die Verschiedenheit der Zimmer des Hauses DDR-Geschichtswissenschaft zu kurz. Die Rolle bspw. von Fritz Hartung und Karl Griewank für die nachfolgenden Historikergenerationen, die zunehmend ihren Arbeitsort in den relativ ideologiefreien Nischen des DDR-Forschungsapparates suchten, wird m. E. nicht entsprechend gewertet.

Insgesamt wird die komplizierte Binnenverfassung eines Faches und seiner Dynamik in den Prozessen der Herrschaftssicherung in der DDR so nicht erfaßt.

Neuhäuser-Wespy wagt sich an die schwierige Materie mit dem Blick des Außenstehenden. Ohne das umfangreiche Quellenmaterial, welches Kowalczuk zur Verfügung hatte, versucht er ebenso wie ersterer die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft als zentrale Legitimationswissenschaft der SED zu beschreiben und die Zäsuren dieser Entwicklung zu benennen. So wird neben einer Beschreibung der Auseinandersetzungen im Jahr 1955 und der personellen Säuberungen der Jahre 1956 bis 1958 die zunehmende Anbindung der Historiographie an den SED-Apparat in den 60er Jahren und die damit einhergehende Disziplinierung der „Genossen Historiker“ untersucht und werden jene Institutionen beschrieben, in denen eine Leitung der DDR-Geschichtswissenschaft stattfand. Bei den folgenden Urteilen und Wertungen macht sich das fehlende Quellenstudium jedoch oft negativ bemerkbar. So sind zwar die Informationen, die der Autor über die ZK-Abteilung Wissenschaften, den Rat für Geschichtswissenschaften und die Historiker-Gesellschaft zusammenträgt, als Orientierung im „System der Indienstrahmung der Geschichtswissenschaft“ nützlich, eine Erklärung und Analyse desselben liefern sie nicht. Anderes, beispielsweise das Urteil über die Funktion Ernst Engelbergs und Alfred Meusels in den Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der DDR-Historiographie in den fünfziger Jahren oder die Einschätzung der Tragweite des SED-„Geschichtsbeschlusses“ von 1955 und die Diskussionen im Vorfeld der Gründung der Historikergesellschaft, bleibt von der aufgrund schlechter Quellennutzung geprägten unkundigen Außensicht bestimmt. Damit bleibt seine Darstellung des gleichen Sachverhalts im Gegensatz zu Kowalczucs Arbeit über weite Strecken auf einer bloß beschreibenden Ebene. Jedoch nimmt sich Neuhäuser-Wespy in seinem Urteil im Vergleich zum oben besprochenen Titel auffallend zurück. Ebenso wird sein Bemühen um eine differenzierte Bewertung der DDR-Historiker deutlich.

In der Beurteilung einer Wissenschaft, die nur begrenzt als solche zu bezeichnen ist, sind sich beide Autoren einig. Im Urteil über das Maß ihrer Ideologisierung und Gleichschaltung gehen ihre Meinungen jedoch auseinander. Dies erscheint nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß Neuhäuser-Wespy im Gegensatz zu Kowalczuk auch Zeitzeugeninterviews geführt hat. Während Kowalczuk wie beschrieben die gesamte DDR-Historiographie in den Fängen der SED-Ideologie sieht, betont Neuhäuser-Wespy, „daß von einer völligen Gleichschaltung der Geschichtswissenschaften in der DDR keine Rede sein kann.“ Dies ist zwar für seine Untersuchung eine recht banale Feststellung, sie gehört jedoch ins Gesamtbild der DDR-Historiographie.

Beide Bücher vermitteln weder getrennt noch zusammen ein ausreichend differenziertes Bild der zweiten deutschen Geschichtsschreibung. In der weiteren Forschung zum Thema wird man wohl ohne die Sicht „von unten“ (siehe die Arbeit von Matthias Hahn) und die Diskussion des durchaus unter DDR-Historikern vorhandenen latenten Widerstandes gegen verordnetes Geschichtsdenken (zuletzt thematisiert bei Pohl und Blaschke) kaum auskommen.

Jens Schley, Berlin

Der Umbau des ostdeutschen Hochschulsystems 1989ff. Literaturfeld und Forschungsstand.

Politischen Entscheidungen folgend, senkte sich ab 1990 auf das bestehende Hochschulsystem in Ostdeutschland das westdeutsche Strukturmuster herab. Dieses barg nicht allein neue institutionelle, Personal-, Rollen- und Kommunikationsstrukturen in sich. Es transportierte auch neue Normen, veränderte Finanzierungsmodi, abweichende Rekrutierungspfade, soziale Beziehungen in Gestalt informeller Netze und, nicht zuletzt, in vielen Fächern grundlegend andere Inhalte. Mit all diesen Implikationen wurde die Anpassung der Realität an das Muster zum Transformationsziel erklärt. Indem

das Strukturmuster den vorhandenen Strukturen nicht entsprach, ließen sich Leerstellen und Überhänge identifizieren. Mit diesen insbesondere mußten die Vollzugsträger der ostdeutschen Hochschultransformation umgehen.

Der Vorgang ist seit geraumer Zeit im Grundsatz abgeschlossen, die Ergebnisse lassen sich besichtigen, und sie lassen sich untersuchen. Letzteres ist ausgiebig sowohl prozeßbegleitend wie unterdessen auch retrospektiv unternommen worden. Eine Gesamtschau der daraus entstandenen Literatur ergibt zunächst den Befund der Textsortenvielfalt. Die durchaus umfangreiche Bibliothek zum ostdeutschen Hochschulumbau ließe sich in sechs Regalaufstellern sortieren:

- *politische Meinungspublizistik*: für den Tageszweck produziert und als Zeitdokumente von Interesse;
- *politische Analysen*: methodisch geleitete Beweisführungen normativ-politischer Hypothesen; sie wurden in der Regel auf der Grundlage eines spezifischen Gruppeninteresses formuliert;
- *Zeitzeugenberichte/Dokumentationen*: Betroffene und Akteure legten vielfach schriftlich Zeugnis ab, womit insbesondere das prozeßkennzeichnende Reflexionsniveau und Verwerfungen innerhalb des Hochschulumbaus dokumentiert sind; zu den Dokumentationen im engeren Sinne gehören auch Gesetzessammlungen und statistische Veröffentlichungen;
- *sozialwissenschaftliche Begleitstudien*: zum Beispiel statusgruppen- und geschlechtsspezifische Verbleibsstudien oder bildungssoziologische Transformationsuntersuchungen; besonders auffallend ist hier die intensive empirische Durchleuchtung der Studierenden, die als besterforschte Gruppe innerhalb der gesamten ostdeutschen Partialpopulation gelten dürfen; stärker als die politischen Analysen suchen die sozialwissenschaftlichen Begleitstudien die intersubjektive Überprüfbarkeit ihrer Ergebnisse zu sichern, indem sie das Arsenal empirischer Datenerhebung weitaus gründlicher nutzen;
- *sozialwissenschaftliche Distanzanalysen*: sie nähern sich dem Gegenstand aus zeitlicher, geographischer oder kognitiver Distanz, der ostdeutsche Hochschulumbau ist ihnen ein ‚interessanter Fall‘;
- *historiographische Dokumentationen und Untersuchungen zur Hochschule in der DDR*: sie sind im Transformationszusammenhang zunächst hinsichtlich der Beschreibung des Ausgangszustandes relevant, näherhin soweit die dort gelieferten Darstellungen auf die Zeit nach 1989 explizit ausgreifen, sodann aber auch, wenn sie den Umstand berühren, daß der Umbau der Hochschulen eng mit Auseinandersetzungen um die Interpretationshoheit über deren Vergangenheit verquickt war.

Abseits der Textsortendifferenzierung läßt sich die vorliegende Literatur vornehmlich nach ihrem Betrachtungshorizont unterscheiden: Wird der Transformationsprozeß auf der Hochschulsystemebene betrachtet? Werden lokale Entwicklungen einzelner Hochschulen in den Mittelpunkt gerückt? Oder finden sich Umbrüche in einzelnen Fächern respektive Fächergruppen dargestellt und untersucht (womit dann auch bereits die hochschulexternen Entwicklungen im ostdeutschen Wissenschaftssektor, vorrangig die Akademieforschung, in das Blickfeld geraten)?

Die Betrachtung der letztgenannten Gruppe läßt bemerkenswerte Unterschiede in der Selbstreflexionsleistung der einzelnen Fächer erkennen: Es gibt zum einen Fächer, für die neuere Darstellungen sowohl zu ihrer DDR-Geschichte wie zum Umbau nach 1989 existieren; Fächer also, in denen die historische Selbstvergewisserung und die öffentliche Debatte des aktuell stattfindenden eigenen Umbaus miteinander verbunden waren – feststellbar vor allem in der Soziologie, der Erziehungs- und der Geschichtswissenschaft. Zum zweiten gibt es Fächer, die sich intensiv der wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer DDR-Geschichte gewidmet und zugleich eine (begleitende oder retrospektive) Analyse ihres Umbaus sorgfältig vermieden haben – das betrifft vor allem die Philosophie sowie die Sprach- und Literaturwissenschaften. Zum dritten schließlich finden sich solche Fächer, für die weder DDR-wissenschaftsgeschichtliche noch umbauanalysierende Arbeiten vorliegen – in den Sozial- und Geisteswissenschaften wären hier mehrere der sogenannten Kleinen Fächer zu nennen, was unter anderem ein Kapazitätsproblem sein mag, und fast komplett zählen die Naturwissenschaften in diese Kategorie (nicht hingegen die akademische Medizin).

Die im und zum ostdeutschen Hochschulumbau erbrachte Dokumentationsleistung beeindruckt durch ihren schieren druckpapiergewordenen Umfang. (Um nur das umfangreichste Beispiel zu er-

wähnen: 1993 gab Hilde Schramm im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft den Band „Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost“ heraus. Dieser mischt politische bzw. interessengruppenspezifische Analyse mit prozeßbegleitend gewonnenen Ergebnissen der Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Allein die Beteiligung von 72 Autorinnen und Autoren sichert Perspektivenvielfalt und dokumentiert wesentliche Positionen von Akteuren und Beobachtern.) Hier liegt jedenfalls Material für Generationen von Diplomierenden und Promovierenden vor.

Darüber hinaus muß jedoch interessieren, was bereits an theoretischem Ertrag bilanziert werden kann. Zu fragen ist, ob sich neben oder in den elaborierten Beschreibungen auch ambitionierte Erklärungen für die ostdeutsche Hochschultransformation finden – Erklärungen, die deren Verlauf und ihre Ergebnisse auf diskutierbare Begriffe bringen, theoretisch anschlussfähig sind oder/und über den gewiß singulären ostdeutschen Vorgang hinaus unser Wissen erweitern: etwa zu Steuerung(smöglichkeiten) von Hochschulentwicklung, zur Funktionsweise von Wissenschaft als Sozialsystem, zur Implementation von Innovation in Großorganisationen, aber auch zu Umbrüchen gesellschaftlicher Ordnungen. In dieser Perspektive schrumpft die relevante Literatur rasch auf ein überschaubares Maß zusammen.

Nehmen wir noch einmal Bezug auf die obige Textsortendifferenzierung, so ist zu erwähnen, daß zahlreiche Erklärungsansätze zum Hochschulumbau innerhalb politischer Analysen geliefert werden, daß deren Autoren sich aber häufig in einem hermeneutischen Dilemma befinden: Ihre zentrale untersuchungsleitende Motivation ist meist subjektive Betroffenheit; diese Betroffenheit dominiert die Betrachtungen über implizite Annahmen, sozialisationsgesteuerte Ausblendungen und dergleichen; das prägt die kognitiven Vorgänge in solcher Weise, daß Objektivierung und damit intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Betrachtungsergebnisse vielfach unmöglich wird. Für unser Thema sind daher vorrangig die sozialwissenschaftlichen Begleitstudien und die sozialwissenschaftlichen Distanzanalysen relevant. Diese ließen sich nun vielfältig nach ihren methodischen Ansätzen, erkenntnisleitenden Interessen, disziplinären Verankerungen, geographischen Autorenherkünften und dergleichen differenzieren. Es finden sich dabei unterdessen Fallstudien wie Gesamtdarstellungen, disziplinhistorische, institutionengeschichtliche und wissenschaftssoziologische Arbeiten, quantitativ wie qualitativ orientierte Untersuchungen, Darstellungen externer und interner Autorinnen und Autoren.

Frühzeitig sind in diesem Feld zwei Forschungsgruppen, die über große Nähe zu den Prozessen verfügten, mit erwähnenswerten Ergebnissen hervorgetreten: zum einen die Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik (inzwischen: FG Wissenschaftstransformation) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, die sich aus Mitarbeitern des früheren Ost-Berliner Akademieinstituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft zusammensetzt(e); zum anderen die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, die institutionell im früheren DDR-Zentralinstitut für Hochschulbildung wurzelte.

Die FG Wissenschaftsstatistik legte fortlaufend wissenschaftssoziologische, insbesondere potentialtheoretisch orientierte Analysen vor; sie untersuchte am Prozeß der Herausbildung eines einheitlichen deutschen Wissenschaftssystems die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen der Ressourcenströme als wichtigem Instrument der Fremd- und Selbststeuerung von Wissenschaft einerseits und der strukturellen Dynamik des Wissenschaftssystems auf der Makro-, Meso- und Mikroebene andererseits. Dazu wurden vornehmlich (neben anderen Gegenständen) Veränderungen des Wissenschaftspotentials in Ostdeutschland untersucht, wobei man sich auf die Forschung bzw. das Forschungspersonal konzentrierte und dabei wiederum sowohl die hochschulische, die außeruniversitäre wie die Industrieforschung berücksichtigte.

Soweit sie die Hochschulen betreffen, sind die hauptsächlichen Ergebnisse dieser Untersuchungen in der Publikation „Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik“ (Hansgünter Meyer 1993) zusammengefaßt. Der Autor gelangt dort auf der Grundlage einer empirischen Ressourcen- und Potentialanalyse zu der Aussage: „Die Zielstellung, in den ostdeutschen Ländern ein gegenüber den westdeutschen kleineres, aber in seinen Strukturen ebenbürtiges Abbild zu schaffen, geht an wichtigen Gegebenheiten vorbei“; so sei es dahin gekommen, „daß man eine erste Phase von Strukturbrüchen und Personalauswechslungen statt für einen Start für die Essenz von Erneuerung hält“ (ebd., 71). Dabei habe man zunächst nur eine neue

Bewegungsrichtung eröffnet, „nicht mehr“. Die Fehldeutungen folgten einer Ziel-Dichotomie des ostdeutschen Hochschulumbaus: zum ersten die Ausdehnung des Hochschulwesens der westdeutschen Länder auf die ostdeutschen, d.h. im eigentlichen kein Transformations-, sondern eine Transferprozeß; zum zweiten eine nachträgliche funktionale Politisierung der Hochschulen, in den Worten Meyers:

„Das ostdeutsche Hochschulwesen, statt es von den politischen Vereinnahmungen des DDR-Regimes zu befreien, wurde nachträglich politisch überwölbt: Es wurde als wissenschaftliches System verworfen, und es wurde als Verortung einer abzuschaffenden wissenschaftlichen Elite wahrgenommen.“ (Ebd., 73)

Hinzu sei getreten, daß die Akteure dem Hochschulumbau kein orientierendes Potentialkonzept oder Kapazitäten-Modell beigegeben hatten (was durch den Flächenbezug habe nicht hinreichend substituiert werden können). So lasse sich zusammenfassend sagen, daß

„die Kompatibilität der im Verlauf der 90er Jahre sodann erneuerten ostdeutschen Hochschulen mit den Hochschulen der westdeutschen Länder nicht kapazitativ und nicht strukturell ausgelegt sein wird, sondern ‚nur‘ ordnungspolitisch, d.h. vor allem durch Nachgestaltung des föderalen Prinzips, das die Wissenschaftsministerien in den Ländern zu den maßgeblichen Entscheidungsgremien macht, und durch die auf deren Akzeptanz gegründete Anpassung der neuen Länder-Hochschulgesetze an das altbundesdeutsche Hochschulrahmengesetz. Insofern damit auch die innere Verfaßtheit der Hochschulen mitbetroffen ist (...), kann man (...) sagen, daß es in Teilbereichen eine strukturelle Kompatibilität der Hochschulen der westdeutschen Länder mit denen in Ostdeutschland geben wird.“ (Ebd., 80)

Empirische Hochschulforschung mit besonderer Betonung quantitativer Erhebungen betrieb die andere erwähnte Einrichtung, die Projektgruppe Hochschulforschung, von 1990–1996. Die dort erarbeiteten Studien sollten zumeist politischen und administrativen Beratungsbedarf befriedigen. Adressaten waren insbesondere das Bundesbildungsministerium und die hochschulpolitischen Akteure auf Länderebene. In den Studien wurden ostdeutsche Entwicklungen verdichtend dokumentiert und prognostiziert, so zu hochschulischen Ausbildungsprofilen, studentischem Nachfrageverhalten, Hochschulzugangsentwicklung, Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepten, Studierverhalten, Übergangsprozessen von AbsolventInnen in die Berufstätigkeit, zum personellem Wandel an den ostdeutschen Hochschulen und zu deren Wissenschaftsbeziehungen nach Mittel- und Osteuropa. Daneben wurden als Querschnittsproblematik frauenspezifische Fragestellungen bearbeitet (vgl. Bayerisches Staatsinstitut 1993). 1997 legte die Gruppe in einem umfänglichen „Handbuch zur Hochschulerneuerung“ ihre Ergebnisse komprimiert vor (Gertraude Buck-Bechler et al. 1997).

Diesem Band fehlen zum „Handbuch“ zwar ein Personen- und Sachregister, doch liefert er auf knapp 700 Seiten kompakte, empirisch fundierte Information. Acht Einzelstudien („Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext“, „Strukturen der Hochschullandschaft“, „Hochschulzugang und Bildungsbeteiligung“, „Wissenschaftliches Personal“, „Wissenschaftlicher Nachwuchs“, „Lehre und Studium“, „Forschung an Hochschulen“, „Internationale Hochschulbeziehungen“) widmen sich einer empirisch-analytischen Bilanzierung des Umbaus. Dabei beginnen sie jeweils mit einer ausführlichen Darstellung der Situation in der DDR, die das Ausmaß des sodann beschriebenen Wandels erst hinreichend deutlich werden läßt; insoweit handelt es sich auch um ein Handbuch zu wesentlichen Aspekten des DDR-Hochschulwesens. Im übrigen aber ist der Band eher zurückhaltend mit Erklärungen, die Bewertungen implizieren würden. Mitherausgeberin Buck-Bechler liefert eine Periodisierung und unterscheidet drei Phasen der in den Blick genommenen Vorgänge: (a) Phase des demokratischen Aufbruchs von Herbst 1989 bis Herbst 1990; (b) Phase der Angleichung von Herbst 1990 bis Ende 1993/94; (c) Phase der Konsolidierung seit 1994. Zusammenfassend stellt sie fest,

„daß in einer unvergleichlichen Umgestaltungsleistung bei laufendem und erweitertem Studienbetrieb die Rechtseinheit im gesamtdeutschen Hochschulwesen hergestellt und ein Hochschulsystem nach dem Modell der alten Länder in den neuen Ländern aufgebaut worden ist. Dabei wurden mit allen Vorzügen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung auch wesentliche Mängel des altbundesrepublikanischen Systems übernommen.“ (Ebd., 43)

Mehr noch als innerhalb der Projektgruppe Hochschulforschung wurden in zahlreichen anderen Zusammenhängen geschlechtsspezifische Fragestellungen des Hochschulumbaus bearbeitet. Dabei ging es meist um Fragen des Verbleibs von Frauen in der ostdeutschen Wissenschaft, um die Gründe ihrer überproportionalen Betroffenheit beim Personalabbau und um frauenspezifische Transformationsverarbeitungsstrategien. Besondere Verdienste um die Vernetzung der diesbezüglich tätigen Forscherinnen hat sich das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) an der Berliner Humboldt-Universität erworben (vgl. Marlies Arndt et al. 1993). Eine zusammenfassende geschlechtsspezifische Bilanz des ostdeutschen Hochschulumbaus indes steht nach wie vor aus. Erklären dürfte sich das wohl nicht zuletzt aus der häufig prekären institutionellen Verankerung der entsprechenden Projekte.

Aus geographischer (und biographischer) Distanz hatte das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln während eines mehrjährigen Forschungsprogramms mehrere umfänglich angelegte, organisationssoziologisch und implementationstheoretisch orientierte Projekte zum ostdeutschen Wissenschaftsumbau realisiert. Diese Arbeiten wurden ohne unmittelbaren Verwertungszweck unternommen und sind theoretisch ertragreich. Neben im hiesigen Kontext weniger interessierenden Untersuchungen zur DDR-Akademie der Wissenschaften betraf eines der Projekte auch die Hochschulen. Renate Mayntz hatte beteiligte Akteure und Wissenschaftler – was bei einigen zusammenfiel – zu einem Projekt eingeladen, das die komplexen Entscheidungsverläufe und -ergebnisse zu analysieren suchte. Es wurde dann unter dem Titel „Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß“ veröffentlicht (Mayntz 1994).

Im Ergebnis der dort geleisteten Fallstudien werden vornehmlich exogene Reformprozesse diagnostiziert, wofür zunächst die Akteurskonstellation verantwortlich gewesen sei. Das Fehlen einer „entschlossenen und durchsetzungsfähigen Erneuerungsgruppe“ habe Außeninterventionen erforderlich gemacht (ebd., 301). Trotz extremer Überforderung hätten die Landesregierungen, innerhalb derer zugleich nicht selten verschiedene Ziele verfolgt wurden, keinen Steuerungsverzicht geleistet. Die sich daraus ergebende Abhängigkeit der Universitäten sei „durch die unkoordinierte Pluralität der auf sie einwirkenden externen Akteure nicht wesentlich gemildert“ worden (ebd., 295). Eine differenzierte Einschätzung der wesentlichen hochschulpolitischen Akteure (BMBW, KMK, Fakultätentage und Fachverbände, HRK, Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommissionen) kommt zu der Bewertung, daß „alle alt-bundesdeutschen Akteure (...) im Sinne ihrer etablierten funktionellen Identität handelten: Sie verfolgten dieselben Ziele bzw. nahmen dieselben Aufgaben wahr wie immer. (...) Das Ergebnis mußte die oft konstatierte Tendenz zum Institutionentransfer sein“ (ebd., 293f.).

Gegen die an dieser Tendenz vielfach geäußerte Kritik stellt Mayntz fest: Es sei zu einer konservativen Zieldefinition gekommen, deren Verfolgung zwar für Ostdeutschland „einen kurzfristig zu bewerkstellenden, radikalen Wandel“ bedeutete; doch hätten für eine umfassende, d.h. darüber hinaus gehende Reformanstrengung „alle wesentlichen Voraussetzungen“ gefehlt. Diese Anstrengung hätte

„einen entsprechenden Reformwillen und ein Reformkonzept vorausgesetzt; bei fehlendem Konsens unter den direkt und indirekt (über ihr Widerstandspotential) an einer solchen Reform Beteiligten hätte es eines durchsetzungsfähigen dominanten Akteurs bedurft, der die Reformpläne und ihre Implementation sichern konnte. Die bloße Tatsache, daß das bundesdeutsche Hochschulwesen vor der Vereinigung als eminent reformbedürftig galt, genügte nicht, da unter den wichtigsten Entscheidungsbeteiligten kein Konsens über die zentralen Ursachen der Mängel, über die Reformziele und über die zu ergreifenden Maßnahmen bestand.“ (Ebd., 308f.)

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt auch der Heidelberger Soziologe Wolfgang Schluchter, der seine als Akteur in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen in mehreren kleineren Studien analytisch verdichtet hat (Schluchter 1996). Er erkennt im ostdeutschen Hochschulumbau eine im Kern strukturelle Anpassung an die westdeutschen Hochschulen, was zunächst ein nachholender Modernisierungsschritt, daneben aber auch „nahezu unvermeidlich“ gewesen sei: „Dies ist nicht im Sinne eines akteursfreien Determinismus, sondern im Sinne einer Abwägung akteursbezogener Handlungschancen gemeint“ (ebd., 86). Fünf tieferliegende Gründe sieht Schluchter dafür: Die DDR gab ihre Eigenstaatlichkeit selbst auf; die Wissenschaftsinstitutionen standen in einem Gefüge, das ihnen keine

eigenständige, politikentlastete Entwicklung erlaubte; der Umbruch der DDR-Gesellschaft habe nicht institutionenbildend gewirkt, da „er von einer spontanen und basisdemokratischen Bewegung ohne strategisch operierende Eliten bewirkt wurde und weil die Selbstanpassung an die Bundesrepublik Deutschland schon vor der Vereinigung einsetzte“; die Architekten der Vereinigung hatten den Umbau unter extrem kurze Fristen gestellt; für den Neubau hätte man auch Abwicklungen im Westen ernsthaft ins Auge fassen müssen, „angesichts des durch Kartelle gesicherten Strukturkonservatismus der westdeutschen Gesellschaft ein nahezu aussichtsloses Unterfangen“ (ebd., 63f.).

Ein weiteres aufwendiges Forschungsprogramm hatte eine Arbeitsgruppe namens „Wissenschaften und Wiedervereinigung“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) realisiert. Sie diagnostizierte 1994 eine Forschungslücke hinsichtlich „der kognitiven Dimensionen der Wissenschaften im Vereinigungsprozeß“ (Kocka in Jürgen Kocka/Renate Mayntz 1998, 10). Daher rückte sie „Fragen nach dem paradigmatischen Zuschnitt und den theoretisch-methodischen Orientierungen der Wissenschaften in den Vordergrund“ und fragte nach dem Schicksal wissenschaftlichen Wissens unter der Bedingung des abrupten politischen Wandels. Indem sich diese Problemstellung auf die ostdeutsche Wissenschaft in Gänze bezog, überschreiten die dort vorgelegten Ergebnisse naturgemäß den engeren Bereich der Hochschultransformation und folgen einer erweiterten Perspektive auf den Wissenschaftsumbau, d.h. zuvörderst unter Einbezug der Akademieforschung.

Ähnlich wie die Karlsruher Projektgruppe Hochschulforschung war auch die BBAW-Arbeitsgruppe zu der Auffassung gelangt, daß die Transformation kaum beschreibbar sei, ohne sich des zu transformierenden Ausgangszustandes zu vergewissern. Also beschäftigt sich der größere Teil der Projektpublikation mit der Wissenschaft in der DDR. Er will „ein zutreffendes und gerechtes Bild von den Wissenschaften und den Wissenschaftlern der DDR“ zeichnen (ebd., 8), leistet hier notwendige Korrekturen bisheriger Einschätzungen und insoweit auch ‚Vergangenheitsbewältigung‘ für eine Reihe von Arbeitsgruppenmitgliedern, die seit 1990 steuernd oder vollziehend an der „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“ (Simon in Kocka/Mayntz 1998, 509) beteiligt war.

Sieben fachspezifische Einzelstudien (zu den Afrika- und Asienwissenschaften, zur Biomedizin, Mathematik, Rechtswissenschaft, Soziologie, Verfahrenstechnik sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte) sind von der Arbeitsgruppe erstellt worden. Manfred Bierwisch bemüht sich um deren Zusammenschau hinsichtlich dessen, was ihnen zum Wandel des inhaltlichen Charakters der Wissenschaft im Zuge der Transformation zu entnehmen ist. Er resümiert vier Punkte: Der Wegfall von inneren und äußeren Barrieren habe die Rückkehr zu „allgemeiner wissenschaftlicher Normalität“ bedeutet; Themen und Methoden, „die im Prinzip immer schon den Kriterien und Orientierungen allgemeiner Wissenschaftsentwicklung gehorcht haben“, würden weitergeführt, „sofern nicht institutionelle Änderungen die Kontinuität einschränken oder aufheben“; Themen und Verfahren, „die Wissenschaft nur in politikabhängig deformierter Weise darstellen“, seien weggefallen; Themen und Entwicklungen, die zur genuin marxistischen Tradition gehören, „verlieren aufgrund kompromittierender Deformationen ihre Geltungskraft und werden weitgehend suspendiert“ (Bierwisch in Kocka/Mayntz, 502). Letztgenanntes sieht Bierwisch im übrigen nicht mit Begeisterung: Eigentlich ginge es darum, Marx von seinen falschen Freunden zu befreien und den Grundimpetus marxistischer Geschichts- und Wissenschaftsauffassung von Verkrustungen und Verzerrungen zu befreien (ebd., 501). In seiner Abschlußbilanz der methodisch-inhaltlichen Gewinne und Verluste formuliert Bierwisch einen „ziemlich eindeutig (...) moderaten Gewinn von deutlich konservativem Charakter – konservativ in dem Sinn, daß der Erhalt des bestehenden Kanons der Bundesrepublik das dominierende Moment darstellt, und zwar in den alten *und* neuen Ländern“ (ebd., 505).

Nun ist ein inhaltlich „moderater Gewinn“ angesichts der hohen – sowohl finanziellen, individualbiographischen wie sozialen und sozialpolitischen – Transformationskosten keine sehr eindrucksvolle Diagnose. Bierwisch erkennt hier jedoch kein Verschulden, das den Umbaumodalitäten anzulasten wäre:

„Auch in inhaltlicher Hinsicht (hat) der Aufbruch, das Überraschungsmoment der Vereinigung nicht stattgefunden (...). Ob er aus der Begegnung des Verschiedenartigen, sich wechselweise Verfremdenden hätte hervorgehen können, erscheint eher fraglich. Denn die sogenannte Wende

in der DDR hatte Ansätze hervorgebracht, die neu vornehmlich im Vergleich zur vorherigen Reglementierung waren, kaum aber im Vergleich zur internationalen Wissenschaftsentwicklung. Themen wie Frauenemanzipation, Kulturwissenschaften oder Klimaforschung waren ja keine den ostdeutschen Besonderheiten zu verdankenden Gegenstände.“ (Ebd., 506)

Das wesentlichere Problem sieht Bierwisch darin, „ob der Einigungsprozeß nicht Themen blockiert hat, deren Auftauchen längst vor diesem Prozeß begonnen hatte.“ Die Änderungen, denen die Struktur der Gesellschaft über die deutschen Probleme hinaus unterliege, der Wandel der Arbeit und der Wissensbestände, auf denen sie beruhe, seien vermutlich gravierender als das, was die Reflexion auf den Einigungsprozeß ins Auge fallen lasse. „Sofern dies der Fall ist, wäre die Wiedervereinigung selbst (...) ein retardierendes Moment für den kognitiven Gehalt der Wissenschaft (...) – ein fragwürdiger Aspekt des Einigungsprozesses, der möglicherweise nicht auf die Wissenschaft beschränkt ist.“ (Ebd., 506f.)

Die Sichtung ergibt: Die um Erklärung des ostdeutschen Hochschulumbaus bemühten Studien gruppieren sich um drei Hauptthemen: den Verbleib der personellen Potentiale (wobei ein eigenständiger Strang sich der geschlechtsspezifischen Erkundung widmet); den Wandel der Institutionen, betrachtet insbesondere unter funktionalen und Steuerungsaspekten; schließlich die kognitive Dimension des Wandels (wozu auch eine Reihe disziplinspezifischer Untersuchungen gehören, die wir hier nicht ausführlicher behandeln konnten). Allen Analysen gemeinsam ist die Betonung der Singularität des ostdeutschen Vorgangs. Daraus ergibt sich, daß im wesentlichen Zeitgeschichte geschrieben worden ist – und Geschichte hat das Recht, geschrieben zu werden. Ein eher sozialwissenschaftliches Interesse daran, was Gestaltung und Ablauf der ostdeutschen Hochschultransformation für andere, künftige Transformationsfälle an Erkenntnis bereithält, wird damit zwar noch nicht befriedigend bedient; es sind hierfür jedoch wichtige Vorarbeiten geleistet worden.

Besprochene Literatur:

- Marlies Arndt/Magdalene Detters/Gabriele Harth/Gabriele Jähnert/Johanna Kootz/Birgit Riegraf/Manuela Roßbach/Karin Zimmermann (Hg.): *Ausgegrenzt und mittendrin. Frauen in der Wissenschaft*, Edition Sigma Bohn, Berlin 1993, 228 S.
- Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hg.): *Beiträge zur Hochschulforschung* 3/1993 [Themenheft zu Frauen an ostdeutschen Hochschulen], München 1993, 109 S.
- Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997, 698 S. – *Datenalmanach zum Handbuch*. Zgst. von Dirk Lewin, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997, 254 S.
- Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung (=Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Bd. 6)*, Akademie Verlag, Berlin 1998, 540 S.
- Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß (=Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln Bd. 19)*, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1994, 312 S.
- Hansgünter Meyer: *Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik (=Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik P93-402)*, hg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993, 90 S.
- Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945 – 1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998 (=Wittenberger Beiträge zur Hochschulforschung)*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 493 S.
- Wolfgang Schluchter: *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang (=Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft Bd. 1263)*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1996, 206 S.
- Hilde Schramm (Hg.): *Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost*, BasisDruck Verlag, Berlin 1993, 459 S.